

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:
Gebr. Arnold, Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gezeigte Kompariszeitung 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbpaltene Reklamzeitung 24,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Berechnung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarken 1 M.

Nr. 109

Dresden, Donnerstag den 11. Mai 1922

33. Jahrg.

Der Kampf um China

Im Frühjahr 1921 wurde das Peking Parlament im Widerspruch zur Verfassung aufgelöst. Seine Mitglieder wandten sich nach Kanton. Sie ernannten den Präsidenten Sü Shih-chang nicht an, sondern wählten Dr. Sun Yat-sen, der sich zum Präsidenten von China ausrufen ließ. Das heißt also, die Kanton Regierung hält sich für die allein rechtmäßige Gewalt, wenigstens sie bisher von den Großmächten nicht anerkannt worden ist.

Zu diesem Gegenstand zwischen Nord- und Südkina trat in letzter Zeit ein Streit zwischen zwei Generälen des Nordens, so daß sich in China drei Mächtegruppen gebildet haben:

1. Im Süden der sozialistische angehauchte Sun Yat-sen in Kanton, der über fünf Südprowinzen verfügt. Er erstrebt die Industrialisierung Chinas, die im Süden bereits am weitesten vorgeschritten ist.

2. In Mittelchina die Chiki-Partei unter der Führung von General Chang Tso-lin in Peking, die stark unter englisch-amerikanischem Einfluß steht.

3. Im Norden die Fengtien-Partei unter der Führung des Generals Chang Tso-lin in Peking, der die drei Ostprovinzen beherrscht. Chang ist konservativ. Anhänger einer konstitutionellen Monarchie und ist völlig von Japan abhängig. Seine Stellung ist verfestigt worden, seitdem sich die japanfreundliche Angku-Partei ihm angeschlossen hat, die bei Ausbruch des Weltkriegs die Regierungsgewalt innehatte und 1920 von General Wu gestürzt wurde.

Chang beherrscht von Peking aus völlig die zentrale Regierung in Peking. Im Dezember 1921 machte er den Monarchisten Liang Shi-hi zum Präsidenten. Dies brachte den Stein ins Rollen. Im Januar 1922 forderte General Wu in einem Ultimatum den Rücktritt des Präsidenten, den er des Landesverrats anklagte. (Liang wird vorgeworfen, bei den Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz in Washington die chinesischen Delegierten zum direkten Verhandeln mit Japan aufgefordert zu haben.)

Da der Präsident vom General Chang gehalten wurde, so marschierte Wu auf Peking. Chang erwartete ihn in der Linie Peking-Tientsin. Wu's Truppen marschierten in zwei Kolonnen, von denen die rechte unter General Wan Shun-ping zuerst auf Tientsin vorrückte, wahrheitsgemäß, um die Aufmerksamkeit Changs von Peking abzulenken. Der Vorstoß Wang wurde zurückgeschlagen. Aber Chang sagte nicht, den Gegner zu verfolgen, „um nicht in einen Hinterhalt zu geraten“. Dies scheint ihm aber nicht genug zu haben, denn er wurde Anfang dieses Monats in Süden von Peking vernichtend von Wu geschlagen. Er befindet sich jetzt in voller Flucht nach Peking, von Wu verfolgt, der sich gleichzeitig nach Tientsin wendet, um seinem General Wan zu helfen und den dort kämpfenden Truppen Changs in den Rücken zu fallen.

Sun Yat-sen hat bei diesen Kämpfen eine etwas merkwürdige Rolle gespielt. Er hatte mit Chang in Peking einen Vertrag abgeschlossen, in dem er sich verpflichtete, Wu von Süden anzugreifen. Trotz dem politischen Gegensatz zwischen Chang und Sun erregte dieser Vertrag kein Aufsehen, da man Sun nachsagt, daß er ebenfalls unter dem Einfluß des japanischen Geldes steht. Dazu kommt sein Gegensatz zu England, der eine Folge der wirtschaftlichen Konkurrenz ist zwischen seiner Hauptstadt Kanton am Si-kiang und dem englischen Hongkong, das als beherrschende Insel dem Si-kiang vorgelagert ist. Dennoch scheint es, daß er sich Wu angeschlossen hat und diesem dadurch die rasche Niederwerfung Changs ermöglichte.

Diese Kämpfe, die vorläufig mit dem Siege Wus ihren Abschluß gefunden haben, sind keine innerchinesischen Streitigkeiten. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes als die Weiterführung der Kämpfe, die in Washington um den Besitz Chinas begonnen wurden. Auf der Abrüstungskonferenz war es den beiden angelsächsischen Staaten gelungen, die Einwirkung Chinas in mehrere Interessensphären (Mesopotamien, Persien, Ostafrika) zu verhindern und den Grundsatze der offenen Tür gegen Japan durchzusetzen. Infolge dieser diplomatischen Niederlage mußten sich die Japaner verpflichten, Schantung und Tschibtschun zu räumen sowie auf alle Vorrechte in China zu verzichten.

Es war vorauszu sehen, daß sich die Japaner mit dieser Entscheidung nicht zufrieden geben würden, da ihre industrielle Entwicklung sie dazu drängt, über die Grenzen ihres Landes hinaus neue wirtschaftliche Gebiete zu erobern. Und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß japanisches Geld und japanischer Einfluß sowohl die Kämpfe veranlaßt haben, die sich jetzt um Peking abspielen, als auch die fortdauernden Kämpfe in Ostafrika. Denn solange China nicht zur Ruhe kommt, hat natürlich Japan die besten Aussichten, seine Truppen zum Schutze japanischer Interessen dort zu lassen.

Die Niederlage des nordchinesischen Generals ist also ein Beweis für die Niederlage gegenüber dem englisch-amerikanischen Kapital. Die unter englischem Einfluß stehende Presse in England begrüßt denn auch die Niederlage Changs und ist bereit, daß auch die japanische Kontrolle über die Mandschurei bedroht ist.

Ein Jahr Erfüllungspolitik

Ein Jahr ist jetzt seit dem Tage verflohen, an dem Wirth zum Reichskanzler ernannt wurde. Das Kabinett Wirth, dem die Sozialdemokratie von Anfang an angehörte, trat an die Stelle des Kabinetts Bethmann-Simons, das vor einem Jahr fluchtartig den Kampfplatz verließ, weil es sich nicht zu helfen wußte. Die Fehrenbach und Simons hatten den Versuch gemacht, die starken Männer gegenüber der Entente zu stellen, sie hatten auf die Reparationsforderungen der Ententestaaten, die Deutschland eine Last von 132 Milliarden Goldmark auferlegten, mit einem „Unannehmbar“ geantwortet und Herr Simons hatte sich auf Vahnhöfen als den großen Reinsager feiern lassen. Als aber dann die Entente ein Ultimatum stellte und es galt, an dem Widerstand festzuhalten, da haben die Fehrenbach und Simons die Unmöglichkeit ihrer Politik ein und ergriffen die Flucht.

Zweifellos hätte ein Festhalten an der Politik des rein bürgerlichen Kabinetts Fehrenbach-Simons zu einem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet vielleicht sogar zum Untergang Deutschlands geführt. In diesem kritischen Augenblick sprang das Kabinett Wirth in die Bresche. Die Sozialdemokratie hatte sich nach den Reichstagswahlen an der Regierung nicht beteiligt, weil für die alte Koalition, S. V. D., Zentrum und Demokraten, keine Reichstagsmehrheit vorhanden war, ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei aber der Sozialdemokratie unmöglich erschien, während die U. S. V. wie ja auch heute noch, die Teilnahme an einer Koalitionsregierung ablehnt. Als aber vor einem Jahr die Gefahren für das deutsche Volk aus höchster Notwendigkeit waren, hielt es die Sozialdemokratie für ihre Pflicht, in die Regierung einzutreten, um das Zustandekommen des Kabinetts Wirth zu ermöglichen. Durch die Annahme des Londoner Ultimatum wurde zunächst das Schlimmste von dem deutschen Volke abwendet.

Die Regierung Wirth ist im vergangenen Jahre mit einem Hagel der größten Lügen und Verleumdungen überschüttet worden. Aber trotzdem hat das Kabinett an der Erfüllungspolitik festgehalten, zu der es sich von Anfang an bekannte. Reaktionen und Nationalisten haben sich redlich Mühe gegeben, das deutsche Volk über den Sinn dieser Erfüllungspolitik zu täuschen. Es ist wieder Herr Wirth noch Herr Rathenau noch unsern Vorläuferinnen jemals einfallen, zu behaupten, daß das deutsche Volk 132 Milliarden Goldmark der Entente würde zahlen können. Die Regierung war sich nur darüber klar, daß man nicht durch große Gesellen und große Worte eine Aenderung der Wiedererstattungsbedingungen herbeiführen kann, sondern nur dadurch, daß man den Gegner die Unmöglichkeit der Bedingungen beweist.

Das deutsche Volk hat im vergangenen Jahre schwer gelitten. Die großen Zahlungen, die wir auf das Reparationskonto geleistet haben, haben dazu geführt, daß es mit unferer Mark mit rasender Schnelligkeit abwärts gegangen ist. Eine verheerende Teuerungswelle ist über unser Wirtschaftsleben hinweggegangen und hat einen großen Teil des deutschen Volkes ins tiefste Elend gebracht. Aber trotzdem ist die Politik der Regierung Wirth nicht erfolglos geblieben. Wir haben es zwar bis zum heutigen Tage noch nicht erreicht, daß die Wiedererstattungsbedingungen für das deutsche Volk erträglich gestaltet worden sind. Aber es ist doch zum guten

Teil der Wirtschaftspolitik zu verdanken, wenn die Konferenz von Genoa möglich geworden ist.

Ob die Verhandlungen in Genoa zu einem Ergebnis führen werden, das dem deutschen Volke eine wesentliche Erleichterung bringt, wissen wir heute noch nicht. Aber das eine muß doch festgestellt werden, daß man heute nicht nur in neutralen Staaten, sondern auch in England und Italien eingesehen hat, daß bei Aufrechterhaltung der Bedingungen des Londoner Ultimatum eine Befriedung der Weltwirtschaft ausgeschlossen ist. Das ist sicher zum großen Teil ein Erfolg der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth, der nicht unterschätzt werden darf. Vor einem Jahre standen wir noch einer geschlossenen Front der Ententestaaten gegenüber, heute ist die Einheitsfront der Entente zerfallen, womit freilich nicht behauptet sein soll, daß es das Ziel der Erfüllungspolitik gewesen ist, einen Teil zwischen die Ententestaaten zu treiben. Deutschlands Wunsch muß es vielmehr sein, in einem Einvernehmen mit allen Ententestaaten eine Verständigung über die Revision der Wiedererstattungsbedingungen herbeizuführen.

Die Helferei und Konjunktur reden bei jeder Gelegenheit große Worte über die verdrängte Erfüllungspolitik, aber man braucht nicht allzu viel Phantasie, um sich auszumalen, was geworden wäre, wenn nach dem Tode dieser Herren regiert worden wäre. Die Not des deutschen Volkes wäre zweifellos noch viel größer.

Die Sozialdemokratie hat, indem sie das Kabinett Wirth unterstützte, ein schweres Opfer gebracht. Ihre Vertreter befinden sich in der Regierung nur in der Minderheit. Das Kabinett muß sich auch auf eine Mehrheit stützen, die zum überwiegenden Teil aus Angehörigen der bürgerlichen Parteien besteht. Untreue Partei muß auf die Erfüllung vieler Forderungen verzichten und sie muß es in Kauf nehmen, daß vom Reichstag und der Regierung Maßnahmen beschlossen und durchgeführt werden, die unvorteilhaft nach die Massen des deutschen Volkes schwer schädigen. Die Sozialdemokratie war sich von vornherein darüber klar, daß ihr Einfluß in dem Kabinett nicht so stark sein würde, wie wir es wünschen müßten. Wenn sie sich trotzdem an der Regierung beteiligt hat, so deshalb, weil ohne ihre Teilnahme das Kabinett Wirth und eine vernünftige Reichspolitik nicht möglich gewesen wären. Daß der sozialistische Einfluß in der Regierung nicht stärker ist, ist die Schuld der Unvollkommenheiten, die an ihrer Regierung, sich an der Regierung zu beteiligen, noch immer festhalten, obgleich sie wiederholt zu erkennen gegeben haben, daß sie einen Sturz der Regierung Wirth nicht wünschen.

Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie richtig gehandelt hat und daß sie mit ihrer Politik dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterklasse gut gedient hat. Solange wir keine sozialdemokratische Mehrheit im Reichstag haben, werden wir verurteilt sein, durch Teilnahme an einer Koalitionsregierung einen möglichen großen Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Volkes auszuüben, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß wir uns unter allen Umständen an der Regierung beteiligen müssen. Selbstverständlich wird es unser Ziel bleiben, die Zahl der Anhänger der sozialistischen Sache zu vermehren, daß eine rein sozialistische Reichsregierung möglich und jede Koalitionspolitik recht bald überflüssig wird.

Eine Balancierung des Etats

Die Reichsregierung hat am 9. Mai an die Reparationskommission nachstehende Note gerichtet:

Nach den vorangegangenen Besprechungen glaubt die deutsche Regierung aus der Note der Reparationskommission vom 13. April eine Lösung zu wünschen, daß der Reparationskommission ebenso wie sie selbst daran gelegen ist, gewisse Minderheitsbedürfnisse, die über die beiden vorher geschickten Noten entstanden sind, zu befriedigen und durch verteilte Reparationen die Lage auch in sachlicher Hinsicht zu klären. Um diese Arbeiten zu fördern, beehrt sich die deutsche Regierung folgendes mitzuteilen:

Bereitswilligkeit zur Balancierung des Haushalts.

1. Es entspricht der Auffassung der deutschen Regierung, daß es grundsätzlich notwendig ist, die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen ohne Verwendung der Geldinflation zu decken. Die deutsche Regierung erkennt auch an, daß es notwendig ist, sobald weitere Schritte für die Durchführung dieses Grundsatzes zu tun, andererseits wird es mit Rücksicht auf die Lage der deutschen Wirtschaft und auf die deutschen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande unumgänglich notwendig sein, daß erhebliche vom Reiche in ausländischer Währung zu leistende Zahlungen durch auswärtige Anleihen beschafft werden.

Mit Rücksicht auf die erst in letzter Zeit beschlossene außerordentliche Erhöhung der Steuern ist es nicht möglich, dem Verlangen der Reparationskommission auf Einführung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden vor dem 31. Mai zu entsprechen. Die deutsche Regierung ist aber bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen eingehenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt, dem eingangs aufgestellten Grundsatze Rechnung zu tragen.

Die Souveränität Deutschlands.

2. Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei der Feststellung seiner nötigen Aufgaben sowie in den Fragen der Verteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Kommission den Wunsch hat, die deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen. Sie wird zu diesem Zwecke der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gemeinsame Auskünfte eröffnen. Sie wird jedoch auch für die Dauer der Ausräumung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März vorsieht, mit der Reparationskommission über die von ihr geplanten geldvermehrenden Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiete der Finanzgebarung ins Benehmen treten.

Einige unerfüllbare Forderungen.

3. Die deutsche Regierung wird sich im Übrigen nach Kräften bemühen, den von der Reparationskommission in ihrem Briefe vom 21. März ausgesprochenen Bedingungen zu entsprechen. Sie hält insbesondere an der Auffassung fest, daß einige dieser Forderungen unerfüllbar sind. In diesem Zusammenhang bezieht sie sich auf das im Schreiben vom 13. April gemachte Angebot der Kommission, „jeden praktischen Vorschlag zu prüfen, der von der deutschen Regierung zur Erhebung der Schwierigkeiten, in denen sie sich befindet, gemacht wird“.

Da wegen der Konferenz in Genoa mehrere Mitglieder der Reichsregierung geraume Zeit von Deutschland ferngehalten worden sind, ist es der deutschen Regierung zu ihrem Bedauern nicht möglich, verschärfte der im Briefe vom 21. März gestellten Forderungen innagelassen. Sie ersucht die Reparationskommission, sich mit einer angemessenen Verlängerung dieser Fristen einverstanden zu erklären.

In Vertretung

Dr. Bauer.